

# Calmer Waoblatt

Nr. 144

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 300 Mt., Familienanzeigen 200 Mt., Restamt 800 Mt. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Bernstr. 9

Samstag, den 23. Juni 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zustelohn 200 Mt. monatlich. Postbezugspreis 200 Mt. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 200 Mt. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Neueste Nachrichten.

Auf den Vorsitzenden der Münchener Handelskammer, Kommerzienrat Fränkel, ist von Antisemiten ein Attentat verübt worden.

Mit der südslawischen Regierung ist ein Abkommen erzielt worden, wonach Deutschland anstatt der durch den Versailler Vertrag vorgeschriebenen Viehlieferungen Geldentschädigungen leistet, wofür Südslawien Waren in Deutschland kaufen kann.

In Nordalbanien soll eine gegen Südslawien gerichtete Revolution ausgebrochen sein, für deren Ausbruch die südslawische Regierung die neue bulgarische Regierung verantwortlich machen will. Die Zustände auf dem Balkan haben überhaupt in letzter Zeit den Charakter einer Krise angenommen, die zu den ernstesten Befürchtungen Anlaß gibt. Beachtenswert in diesem Zusammenhang sind die polnisch-rumänischen Bündnisverhandlungen in Warschau, die gleichzeitig gegen Ungarn wie auch gegen Rußland gerichtet sind.

Die Reparationsfrage wird weiterhin verschleppt. Ueber etwaige Verhandlungen innerhalb der Entente werden nur Vermutungen geäußert, die wiederum von den offiziellen Stellen dementiert werden. Dafür hat aber Herr Harding, der Präsident der Vereinigten Staaten, höchst geistreiche Andeutungen zur Reparationsfrage gemacht, nämlich daß das „heldenhafte“ Frankreich seine berechtigten Ansprüche erfüllt sehen müsse, daß man aber gleichzeitig das demokratische Deutschland stützen müsse.

## Der Kampf gegen den Marksturzt.

### Eine Verordnung gegen Devisenspekulationen.

Berlin, 23. Juni. Der Reichspräsident hat auf Grund des § 48 der Reichsverfassung folgende Verordnung erlassen: § 1. Gegen Reichsmark oder Wertpapiere jeder Art, die auf Reichsmark lauten, dürfen im Inland und im Ausland nur solche Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung (§ 1, Abs. 2, 3) der Valutaspekulationsverordnung vom 8. Mai 23, (R.-G.B. 1, Seite 275) erworben oder veräußert werden, für die eine amtliche Notierung in Berlin stattfindet. Der Erwerb oder die Veräußerung ist nur zu dem amtlichen Kurse des Tages des Geschäftsabschlusses und zwar zu dem Geld- oder Briefkurs oder einem dazwischenliegenden Kurs zulässig. Eine amtliche Notierung wird lediglich dann als vorliegend angesehen, wenn in der betreffenden Währung am Tage des Geschäfts eine amtliche Notierung des Kurses oder der Auszahlung stattfindet. An Tagen, an welchen eine amtliche Notierung oder Auszahlung nicht stattfindet, dürfen in der betreffenden Währung Geschäfte nicht abgeschlossen werden. Der Kurs für Auszahlung ist auch für Geschäfte in Banknoten maßgebend, wenn für Banknoten kein besonderer amtlicher Kurs notiert ist. Wird ein solcher besonderer Kurs notiert, so gilt derselbe für Geschäfte in Banknoten. Im Kleinverkehr sind Umsätze bis zu 5 Pfund Sterling oder dem entsprechenden Betrag in einer anderen Währung noch dem letzten bekannten amtlichen Kurs zulässig. Diese Vorschriften finden auf Geschäfte, die mit der Reichsbank abgeschlossen werden, keine Anwendung. § 2. Geschäfte, die gegen die Vorschriften des § 1 verstoßen, sind nichtig. Die Nichtigkeit kann nicht zum Nachteil von Personen geltend gemacht werden, die den die Nichtigkeit begründenden Sachverhalt beim Abschluß des Geschäftes nicht kannten. § 3. Mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit Geldstrafen bis zum 10fachen Betrag des Wertes der ausländischen Zahlungsmittel oder Forderungen oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig zu einer solchen Zuwiderhandlung auffordert, anreizt oder sich erbietet. Neben der Strafe können die Zahlungsmittel oder Forderungen, auf die sich die Strafhandlung bezieht, zugunsten des Reiches eingezogen werden, auch wenn sie dem Täter oder einem Teilnehmer nicht gehören. Erweist sich die Einziehung als nicht durchführbar, so kann das Gericht nachträglich durch Beschluß die Einziehung des Wertes anordnen. Der Feststellung des Wertes der Zahlungsmittel und Forderungen ist, soweit eine amtliche Kursnotierung an der Berliner Börse erfolgt, der mittlere Kurswert dieser Börse im Zeitpunkt der verbotenen Handlung zugrunde zu legen. Ferner kann angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen ist. Die Art der Bekanntmachung wird im Urteil bestimmt. Die Bekanntmachung kann auch durch Anschlag gemäß Art. 3, § 2 des Notengesetzes vom

24. Februar 1923 (R.-G.B. 1, S. 47) erfolgen. § 4. Der Reichswirtschaftsminister ist ermächtigt, Uebergangs- u. Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung zu erlassen und Ausnahmen zu bewilligen. Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

### Die weiteren Stützungsmaßnahmen.

Berlin, 22. Juni. Auf Grund der Ergebnisse der Besprechungen mit den Wirtschaftsvertretern des Reichs über die Frage der Marktstützung wird der Reichsfinanzminister — der „Zeit“ zufolge — dem Reichskabinett eine Denkschrift vorlegen. Das Kabinett wird sodann den geplanten Maßnahmen ihre endgültige Gestalt geben. Bei den besprochenen Maßnahmen handelt es sich um eine Reihe von Eingriffen in den Devisenhandel, die folgendermaßen zusammengefaßt werden können: Allgemeines Verbot des Handels in ausländischen Noten, Verbot des Handels in Valutaeffekten, Revision der bereits erteilten Devisenhandelsbescheinigungen und unter Umständen Widerrufung einer größeren Anzahl davon, Einschränkung der zum Devisenhandel zugelassenen Banken auf 10—15, Verbot des vor- und nachbörlichen Devisenhandels, sowie Zulassung lediglich einer Einheitsnotierung in der amtlichen Börsezeit. Wie das Blatt weiter erzählt, wird die neue Stützungsaktion der Mark mit der Bekanntgabe der neuen Devisenverordnungen, zu welchem Zweck die Banken der Reichsregierung einen hohen Betrag von Devisen leihweise zur Verfügung stellen sollen, einsehen. Der Plan der Goldanleihe ist noch nicht über das Stadium der Erwägungen hinaus gediehen. — Aus der Tatsache, daß der Reichsbankpräsident v. Havenstein seinen den längst festgesetzten Sommerurlaub angetreten hat, wird in einem Teil der Presse gefolgert, daß er nicht wieder auf seinen Posten zurückkehren werde. Wie dazu die „Zeit“ aus zuverlässiger Quelle mitzuteilen weiß, wird Havenstein nach Ablauf seines Urlaubs die Geschäfte an der Spitze der Reichsbank wieder aufnehmen. — Die Gerüchte hängen mit den Ausführungen Havensteins über Devisenaufkäufe der Firma Stinnes in England und Amerika zusammen, die auf die Markwährung einen verhängnisvollen Einfluß ausgeübt haben sollen. Im Untersuchungsausschuß des Reichstags über die Ursachen der Markentwertung hat nun der Generaldirektor der Firma erklärt, daß sie die Devisen zum Aufkauf von Kohlen für die deutschen Eisenbahnen und die Reichsmarine benützt habe. Die Vorgänge scheinen jedoch noch nicht genügend geklärt zu sein.

### Die freien Gewerkschaften zur Frage des wertbeständigen Lohns.

Berlin, 22. Juni. Die Frage des wertbeständigen Lohns ist gestern innerhalb der freien Gewerkschaften geregelt worden. Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Beschluß des Verbandes, der das Ergebnis von Beratungen mit den anderen freigewerkschaftlichen Spitzenverbänden ist. Zur Sicherung der Wertbeständigkeit des Arbeitseinkommens wird darin empfohlen: Ausgangspunkt aller Lohnverhandlungen ist zuerst der tariflich festgesetzte Lohn. Der Grundlohn wird jeweils für die Dauer des tariflichen Lohnperiode eintretende Veränderung der Kaufkraft der Mark ist durch bewegliche Zuschläge zum Grundlohn auszugleichen. Diese Zuschläge haben nach einem der Geldentwertung entsprechenden Index zu erfolgen. Dieser Index soll allwöchentlich ermittelt und veröffentlicht werden. Es wird ferner die Verkürzung der Gehaltszahlungsfrist allerhöchstens auf 14 Tage und weiter für größere Anschaffungen die Einrichtung wertbeständiger Sparanlagen vorgeschlagen. Die Schlichtungsausschüsse sollen entsprechende Anweisungen erhalten. Auch sollen die obigen Grundzüge auf die Arbeitnehmer des Reichs, der Länder und der sonstigen öffentlichen Körperschaften angewandt werden.

### Die Ruhr- und Reparationsfrage.

In der umständlichsten Form, als ob es sich um einen Zivilprozeß handeln würde, bei dem es auf die Zeitdauer gar nicht ankommt, unterhalten sich die Alliierten nun schon seit Monaten über die Ruhr- und die damit im Zusammenhang stehende Reparationsfrage. Nachdem die Reparationskommission gegen die Stimme des englischen Vertreters eine Verfehlung Deutschlands in bezug auf die Sachlieferungen (Holz und Kohlen) „festgestellt“ hatte, hatte Frankreich anfangs des Jahres mit der Besetzung des Ruhrgebiets begonnen, die dann planmäßig ausgedehnt wurde und auch auf die Brückenköpfe des rechten Rheinuferes überhaupt ausgebreitet worden ist. Auf die Besetzung folgte die Ausbeutung von Staats- und Privateigentum, die Abschmäderung des Personen- und Warenverkehrs, und schließlich die Ausweitung aller Beamten und Privatpersonen, die sich den widerrecht-

lichen Maßnahmen nicht fügten. Nach dem Rezept des Pilatus hatte die englische Regierung angeichts dieser Gewaltaktion Frankreichs und Belgiens — genau so wie Amerika, als es sich von der Verantwortung für den Rechtsbruch von Versailles drückte — erklärt, wir waschen unsere Hände in Unschuld, sehet ihr zu, welche Folgen aus eurem Tun entstehen, und sie hatte diese ihre Auffassung in diplomatischer Sprache, die in London bekanntlich in unerreichbarer Form beherrscht wird, mit der Erklärung „wohlwollende Neutralität für Frankreich“ gekennzeichnet. Um die tieferen Beweggründe dieser Haltung zu verstehen und sie daher auch entsprechend bewerten zu können, müssen wir uns die Ereignisse ins Gedächtnis zurückrufen, die zu diesem Entschluß geführt haben. Bekanntlich war der vorhergehende englische Ministerpräsident Lloyd George ebenso wie anlässlich der schlesischen Frage — und mit demselben voraussehenden negativen Erfolge — auch gegen die überspannten Reparationsforderungen Frankreichs und dessen angekündigte Gewaltakte Sturm gelaufen, mit der ihm eigenen glänzenden Dialektik, nicht etwa, weil er die deutsche Sache verteidigen wollte, was sich für einen der Hauptverantwortlichen an dem Versailler Diktat immerhin sonderbar ausgenommen hätte, sondern weil er Befürchtungen wegen der Folgen der französischen Vernichtungspolitik auf die weltpolitische Gesamtlage hegte. Mit besonderer Eindringlichkeit war durch die Politiker und die öffentliche Meinung Englands den Franzosen vorgehalten worden, daß sie mit ihrer Gewaltpolitik Deutschland geradezu in die Arme Rußlands trieben. Da wurde der Lloyd George'sche Propagandafeldzug gegen Poincaré und seine Methoden, gerade als er vor der dramatischen Kulmination stand, plötzlich abgebrochen, weil der türkische Vormarsch gegen Konstantinopel die beiden Alliierten auf ihre gemeinsamen Ziele im Orient hinwies. Die politische Auswirkung dieses Ereignisses war der Sturz Lloyd George's, dem die Konservativen die Schlappe im Orient zuschrieben, weil er sich zu sehr für die europäischen, d. h. deutschen Angelegenheiten ins Zeug gesetzt, und dadurch die Unterstützung der Türken durch die Franzosen gegen die englischen Interessen verurteilt habe. Die englische Presse machte beim Antritt des Kabinetts Bonar Law dann sogleich auch nicht mißverständliche Andeutungen, daß zwischen der englischen und französischen Regierung sich wieder einmal ein Kompromiß anbahne dahingehend, daß Frankreich die Engländer in bezug auf die Dardanellenfrage und die englischen Orientinteressen unterstügen müsse, während England, den Franzosen gegenüber freie Hand lasse. Die Auswirkung dieses Kompromisses zeigte sich denn auch sofort durch die Tatsache des gemeinschaftlichen Vorgehens in der Frage der neutralen Zone um Konstantinopel, wie bezüglich der türkischen Angelegenheiten überhaupt und — in der Erklärung der „Neutralität“ durch England, als Frankreich gegen alles Vertrags- und Völkerrecht ins Ruhrgebiet einbrach.

Diese Zusammenhänge immer und immer festzustellen, ist deshalb notwendig, weil man bei uns trotz aller schlechten Erfahrungen auch heute noch geneigt ist zu glauben, die englische Politik habe ein besonderes wirtschaftliches oder gar moralisches Interesse an dem Wohlergehen Deutschlands, was bei uns schon zu den verhängnisvollsten Schlüssen nicht nur in den Vorkriegsjahren, sondern namentlich auch in den hauptsächlich wirtschaftlich interessierten Kreisen geführt hat. Deutschland wurde von dem Zeitpunkt seines Zusammenbruchs in der Weltpolitik nur noch als Schafigur, d. h. als Objekt der Politik der führenden Weltmächte behandelt, und das wird solange der Fall sein, bis eine andere Weltkonstellation, deren Herbeiführung die Hauptaufgabe unserer Staatsmänner sein muß, uns wieder eine aktive Rolle gestattet. Und nun haben wir die eigentümliche, psychologisch aber durchaus begriffliche Erscheinung, daß England und Frankreich aus demselben Grunde, nämlich aus der Befürchtung heraus, daß Deutschland wieder freie Hand in der Außenpolitik bekommen könnte, ganz verschiedene Wege zur Vorbeugung dieser „Gefahr“ gehen wollen, Frankreich den Weg der völligen Vernichtung der Einheit der deutschen Stämme, England den Weg des „Ausgleichs“, d. h. der Beruhigung Europas durch eine Lösung der Reparationsfrage in der Richtung möglichst langer Belastung und möglichst langer Kontrolle der deutschen Wirtschaft zum Zwecke möglicher Ausschaltung Deutschlands als weltwirtschaftlichen und damit auch weltpolitischen Faktor. Es ist also zu beachten, daß grundsätzlich beide Staaten politisch dasselbe Ziel verfolgen, nur mit andern Mitteln und im Hinblick auf ihre besonderen Interessen (geographische Lage und wirtschaftspolitische Ziele) mit andern Methoden. Deshalb ist in jedem Augenblick, und wir haben das seit 4 Jahren wahrhaftig oft genug erfahren, mit der Möglichkeit der Aenderung der sog. „Verständigungs“-Politik Englands zu rechnen, und im Grunde

genommen ist die seit dem Ruhreindringen befohlene „Passivität“ der englischen Regierung doch nichts anderes als eine stillschweigende Unterstützung der französischen Vernichtungspläne, nur mit der Einschränkung, daß wenn die Sache „schief“ geht, man sich mit dem Hinweis auf die Nichtbeteiligung vornehm zurückziehen kann. Es muß doch einmal offen gesagt werden, daß das Verdienst daran, daß Europa infolge des französischen Terrors im Rheinland und Ruhrgebiet nicht schon lange in ein Chaos zusammengesunken ist, nicht der englischen „Neutralität“, sondern der bewundernswerten Disziplin des deutschen Volkes zuzuschreiben ist. Solange diese Disziplin trotz der furchtbaren Qualen, die unser Volk nun seit 4 Jahren durchzumachen hat, anhält, ist es für England leicht, seine Doppelrolle zu spielen, wenn aber die bis zum Springen gespannte Nervenkraft der deutschen Volksseele einmal verlagert — was nicht nur von Frankreich im Stillen erhofft wird — was wird man dann in London sagen?!

Bis jetzt hat es noch nicht den Anschein, als wolle man in London auf den Seelenzustand des deutschen Volkes Rücksicht nehmen durch den Versuch einer Beschleunigung der Verhandlungen mit Paris und Brüssel. Auf die Anfrage bei der französischen Regierung, wie sie sich die Regelung des Problems des passiven Widerstandes denke, soll von Paris die Antwort gekommen sein, daß Frankreich bei Aufgabe des passiven Widerstandes die Besetzung des Ruhrgebietes in eine „friedlich-technische“ umzuwandeln gedenke, und daß es dann auch eine Amnestie für die Bestrafen und Ausgewiesenen erlassen wolle, falls es die Gewähr habe, daß die betreffenden Personen nichts unternehmen, um der Wirksamkeit der technischen Kommission Hindernisse in den Weg zu legen. Außerdem soll Deutschland ein Moratorium gewährt werden. Die Antwort steht vom französischen Standpunkt aus betrachtet ja sehr „friedlich“ aus, wenn man aber die Auslegungen der französischen Presse liest, so kommt die ganze Sache darauf hinaus, daß wir freiwillig die Ausbeutung des Ruhrgebietes zugeben sollen, während wir keinerlei Gewähr für eine frühere oder spätere Räumung erhalten sollen. In dieser Richtung werden wir die Entwicklung der Verhandlungen innerhalb der Entente auf Grund unserer furchtbaren Erfahrungen mit größtem Mißtrauen zu verfolgen haben. Ein zweites schwerwiegendes Moment liegt aber noch darin, daß die Franzosen alles tun, um die Bevölkerung in den besetzten Gebieten zur Verzweiflung zu bringen. Wenn jetzt in London davon gesprochen wird, daß noch keinerlei Aussicht zu einer direkten englisch-französischen Aussprache vorhanden sei, wenn die belgische Kabinettskrisis ebenfalls als Hemmungsfaktor benützt wird, so wird man in Deutschland alle Kraft anwenden müssen, um dem absoluten Steptizismus nicht vollends ganz zu verfallen. Die innere Krise, die in den letzten Tagen den Staatsgedanken in gefährlichster Form bedroht hatte, und die noch in allen Teilen des Reichs — mit ausländischem Gelde und Geiste unterhalten — Brandherde aufweist, sollte für uns und — unsere Feinde ein Mene Tekel sein.

Bei allen Betrachtungen aber über die Ruhr- und Reparationsfrage dürfen wir nicht vergessen, daß sie für uns zwar das Problem unserer Existenz darstellt, für unsere Gegner aber nur ein Teilproblem, das sie stets im Zusammenhang mit ihren andern Ausbeutungs- und Unterdrückungsplänen, sei es auf dem Balkan, im Orient, in Rußland oder im ferneren Osten behandeln, und das bringt es mit sich, daß wir jederzeit mit unvorhergesehenen Rückwirkungen auf die uns angehenden Probleme rechnen müssen, und zwar zu unserem Schaden, weil die Alliierten sich daran gewöhnt haben, ihre Meinungsverschiedenheiten auf unserm Rücken auszutragen, beziehungsweise allen Gefahren, die ihnen von irgend welcher Seite zu drohen scheinen, durch erhöhten Druck auf Deutschland zu begegnen. O. S.

### Vieldeutige Redensarten Hardings.

Paris, 22. Juni. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ machte Präsident Harding gestern in seiner Wahlrede in St. Louis folgende Anspielung auf die Reparationsfrage: Es sei stets eine unwiderstehliche Triebfeder des freiheitliebenden amerikanischen Volkes gewesen, daß es gerne den Sieg der Demokratie über die Autokratie und die monarchistischen Herrscher durch eine Volksregierung erlebte. Heute hoffe Amerika stets auf eine gerechte Lösung der europäischen Wirren auf Grund von Bedingungen, die aufzustellen es selbst nicht beanspruche. Diese Regelung solle die berechtigten Ansprüche der Demokratie des heldenhaften Frankreichs befriedigen. Deutschland solle seine Reparationspflichten erfüllen und die deutsche Demokratie ihre nationale Ehre aufrichten, die die Monarchie nicht begriffen habe, und sich für einen ständigen internationalen Gerichtshof einsetzen.

### Ein Reparationsausgleich zwischen Deutschland und Südslavien in Aussicht.

Berlin, 22. Juni. Die Verhandlungen, welche anfangs Juni mit der Regierung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen in Belgrad geführt wurden, hatten den Abschluß eines Abkommens zum Ziel, durch welches die Ablösung sämtlicher Viehlieferungen und die Abgeltung der gesamten Restitutions herbeigeführt werden sollten. Der Inhalt des als Ergebnis der Verhandlungen paraphierten Abkommens ist im Wesentlichen folgender: Die serbische Regierung verzichtet auf alle ihr für 1923 und künftig zuzehenden Viehlieferungen. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, hierfür und in Erfüllung der im Mai 1921 über die Restitution von Vieh geschlossenen Abkommen der serbischen Regierung auf Reparationskonto einen Kredit von 9 Millionen Goldmark zu eröffnen. Durch die Vereinbarung über die Abgeltung der deutschen Restitutionsverpflichtungen wird Deutschland gegen Einräumung eines Kredits von 2 Millionen Goldmark von den übrigen aus Artikel 238 des Versailler Vertrags sich ergebenden Verpflichtungen befreit. Die sämtlichen Kredite stehen der serbischen Regierung zum Einkauf von Waren in Deutschland zur Verfügung. Im Rahmen des Abkommens

über die Ablösung der Viehlieferungen wird ferner der deutschen Regierung zur Erhöhung der Preise für die im Oktober 1921 gestellten Lokomotiven ein Betrag von 17 Millionen Goldmark auf Reparationskonto gutgebracht. Im Zusammenhang mit diesem Abkommen verpflichtet sich die deutsche Regierung, 1924 außerdem für eine Million Goldmark Salz zu liefern. — Das Abkommen, für das die Ratifikation vorbehalten ist, unterliegt zur Zeit der Prüfung.

### Die Vergewaltigung des Saargebiets.

Freiheitsberaubung des Großindustriellen Köhling. Berlin, 21. Juni. Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Frankfurt-Main, daß durch die Regierungskommission des Saargebiets dem Großindustriellen Dr. Hermann Köhling eröffnet worden ist, er würde durch die Rheinlandskommission sofort aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen werden, wenn er es betreten sollte. Das bedeutet für ihn eine Internierung im Saargebiet, da er das Saarland nur auf dem Wege durch das besetzte Gebiet verlassen kann. Die Fraktionen des Landesrats haben in einer Eingabe an den Bölkerbund darauf hingewiesen, daß die Rheinlandskommission durch diese Maßnahme Köhling verhindern wolle, die Interessen seiner Heimat persönlich vor dem Bölkerbundrat zu vertreten. Es handle sich um eine effektive Freiheitsberaubung, die einen Verstoß gegen den Versailler Vertrag bedeute. — Die Franzosen hatten nämlich anfänglich gehofft, daß Köhling ihre Verwelsungspläne wenn auch nicht offen unterstütze, so doch stillschweigend wirken lasse; da sie sich in dieser Hoffnung getäuscht sehen, gehen sie schon seit einiger Zeit mit allen Mitteln ihrer unüberrückten Schikanierkunst gegen ihn vor.

### Revolution in Nordalbanien.

Paris, 22. Juni. Der „Matin“ gibt eine Meldung der Belgrader Blätter wieder, wonach in ganz Nord-Albanien die Revolution ausgebrochen ist. Aufständische hätten bei Brasniz die zur Unterstützung der Bewegung in Marsch gesetzte reguläre Armee in die Flucht geschlagen und rückten gegen Skutari vor. Ihr Ziel sei der Sturz der Regierung von Tirpna und die Wiedererhebung des Fürsten von Wied auf den albanischen Thron. Eine nichtbestätigte Meldung besagt, daß auf den Präsidenten der albanischen Regierung von Parteigängern des Fürsten Wied ein Anschlag verübt worden sei. Die südslawische Presse sehe diese Vorgänge als Folge des bulgarischen Staatsstreichs an. Albanische Regularie, die die serbische Grenze überschritten hätten, hätten die Nachricht von der Revolution und die Niederlage der Regierung bestätigt.

### Das Mißtrauen der Nachbarn gegen Bulgarien.

Athen, 21. Juni. Nach einer Meldung der Agence d'Athènes berichtet die Athener Presse von einem Wiederaufflammen der bulgarischen Bandenbewegung seit der Aufrichtung der neuen Regierung in Sofia. Man spricht von acht Fällen, wo sich Banden wieder bemerkbar gemacht hätten. Die griechische Regierung werde bei der bulgarischen Regierung Vorstellungen erheben.

### Die Wirtschaftsreiche der Zukunft.

In der neuesten Nummer der „Gartenlaube“ weist Professor Erich Döbt auf die moderne wirtschaftliche Entwicklung in allen Erdteilen hin, die zu einer vollständigen Loslösung von der industriellen Vorherrschaft Europas führen und die einzelnen Länder zu geschlossenen Wirtschaftsbezirken mit eigener Rohstoff- und Fertigwarenverwendung verschmelzen wird. In der neuen Welt bilden tatsächlich die weiten Länderräume vom hohen kanadischen Norden bis hinunter nach Mittelamerika bereits eine Wirtschaftseinheit unter Führung der Union. Kanada gehört auf der politischen Karte zwar zum großbritannischen Kolonialreich, in wirtschaftlicher Beziehung aber ist es ein Glied des nordamerikanischen Wirtschaftsreiches; 70 Prozent seiner Einfuhr entstammen der Union, und von seiner Ausfuhr ist mehr als die Hälfte nach Nord- und Mittelamerika gerichtet. Mexiko mag sich politisch und kulturell noch so sehr gegen die Vorherrschaft der Union wehren, wirtschaftlich ist es ihr längst verfallen, denn an seiner Ausuhr ist die Union mit 88,3 Prozent, an seiner Einfuhr mit 74 Prozent beteiligt.

Das Gegenstück hierzu erblicken wir in Südamerika, wo namentlich die großen W.C.-Staaten (Argentinien, Brasilien, Chile) mehr und mehr zu einem leistungsfähigen überstaatlichen Wirtschaftsverband zusammenwachsen. Roh- und Kraftstoffe spendet die Natur hier in Ueberfülle, und die wachsende europäische Einwanderung beschleunigt die Industrialisierung hier derartig, daß Südamerika bereits als Absatzgebiet vieler europäischer und nordamerikanischer Fertigwaren ansieht.

Daß Ost- und Südostasien dem gleichen Ziele zustreben, ist eine Binsenweisheit. Der Kampf der Inder gegen britische Waren, ihr Verlangen nach Entwicklung einer bodenständigen indischen Industrie ist im Wesen das gleiche, was wir, jeder politischen Fessel bar, in der Industrialisierung Japans wahrnehmen. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in Australien und Ozeanien. Wir schägen diese Gebiete im wesentlichen noch heute als Rohstofflieferer und Abnehmer europäischer Fertigwaren ein. Aber dieses Bild trifft nicht mehr das Richtige. Australien vor allem industrialisiert sich mit Riesenschritten, seine Wolle verarbeitet es im wachsendem Maße im eigenen Lande, und seine Leder- und Eisenindustrie macht von Jahr zu Jahr ungeheuerliche Fortschritte. Nicht anders steht es mit Südafrika. Eine Eisen- und Stahlindustrie hat sich hier in den letzten Jahren herausgebildet, die nicht anders als in jeder Weise achtunggebietend genannt werden kann. Was einst die englische Schwerindustrie nach Südafrika lieherte, wird jetzt zu einem erheblichen Teile im Lande selbst fabriziert. Mit den übrigen Wirtschaftsreichen steht es ähnlich. Auch hier die deutlich erkennbare Tendenz, mit der kolonialen Wirtschaftsparole der letzten Jahrhunderte „Rohstofflieferer und Fertigwarenabnehmer“ zu brechen, sich selbständig zu machen, die Rohstoffe an Ort und Stelle zu verarbeiten und den Bedarf an Fertigwaren durch Entwicklung einer eigenen Industrie zu decken.

Für Europa ist die hier skizzierte Entwicklung von aller- schwerster Bedeutung. Es muß lernen, planvoll zu wirtschaften, wenn es im Wettbewerb mit diesen aufsteigenden Wirtschaftsreichen Schritt halten will. Dem politischen Wahnsinn, dem Frankreich zurzeit noch allen Vortrieb leistet, muß ein überstaatlicher wirt-

schaftlicher Zusammenschluß folgen. Nur dann wird Europa auch in Zukunft seine Weltrolle behaupten können. Großes steht an dem Spiel. Hier gibt es nur vorwärts oder rückwärts. Möge das lebende Geschlecht seine Rolle begreifen. Möge Deutschland als Förderer des Gedankens mit in erster Linie stehen.

### Die französische Gewaltpolitik. Schwere Uebergriffe französischer Soldaten im unbesetzten Mannheim.

Mannheim, 21. Juni. (Drahtb. W.-B.) Ueber schwere Uebergriffe französischer Soldaten im unbesetzten Gebiet von Mannheim wird uns von der Polizeidirektion mitgeteilt: Am 21. Juni, morgens zwischen 1 und 2 Uhr hielten sich französische Soldaten in den Häusern bei H 7 30, also im unbesetzten Gebiet auf und überfielen mit vorgehaltenen Revolvern unter den Rufe: „Hände hoch!“ die Vorübergehenden und durchsuchten sie. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, wurde hierbei ein Frau tödlich beleidigt und ihr sowie einem Mann das Geld abgenommen. Einem anderen Zivilisten wurden der Kragen und die Kravatte herausgerissen. Dem patrouillierenden Polizeibeamten wurde von der überfallenen Frauensperson Anzeige erstattet, worauf sich eine Polizeistreife nach dem Tatort begab. Die Franzosen hatten sich in der Zwischenzeit nach dem Luisenring verzogen, hielten sich jedoch noch immer im unbesetzten Gebiet auf. Die Polizeibeamten verwiesen einen Franzosen ins besetzte Gebiet. Dieser zog sofort seinen Revolver und bedrohte den ihn zur Rede stellenden Beamten. Ein zweiter Franzose gab auf der Flucht einen Schuß auf die Polizeibeamten ab. Darauf schoß auch der erste Franzose beim Zurückgehen. Als die Polizeibeamten, nachdem die Franzosen sich ins besetzte Gebiet zurückgezogen hatten, nach der Wache zurückkehren wollten, eröffneten die Franzosen ein regelrechtes Schützenfeuer auf die deutschen Beamten. Das Feuer wurde von diesen erwidert. Ein Polizeibeamter wurde durch einen Querschläger verwundet. Nach dem Vorfall patrouillierten die Franzosen bis in die Quadrate D, E, F und G. Schon heute muß gegen dieses empörende Verhalten schärfter Protest erhoben werden. Daß nicht Tote auf dem Platz geblieben sind, ist ein Wunder. Wenn das der Fall gewesen wäre, würde die Verantwortung ausschließlich die Franzosen treffen. Immer mehr macht sich der Eindruck geltend, als ob die Angehörigen der Besatzungstruppen sich selbst überlassen sind und jeder treiben kann, was ihm gutdünkt. Mit der Disziplin scheint es bei den Franzosen nicht mehr weit her zu sein.

### Die französische Begründung des Zuckerraubs in Frankenthal.

Paris, 22. Juni. Havas meldet aus Koblenz, da die deutsche Regierung der von der Reparationskommission ihr übermittelten Forderung der französischen Regierung auf Lieferung von 20 000 Tonnen Zucker keine Folge gegeben habe, habe die Rheinlandskommission die Sperrung der in den Fabriken der französischen Zone vorhandenen Zuckervorräte angeordnet. Auf die im Saargebiet liegenden und die für die Versorgung der besetzten Gebiete notwendigen Mengen erstreckte sich die Beschlagnahme nicht.

### Meuterei bei den französischen Alpenjägern in Trier.

Paris, 22. Juni. Havas dementiert in einer Meldung aus Koblenz die von den Kölner Blättern gebrachte Nachricht vom 18. Juni, daß unter den in Trier stehenden französischen Alpenjägern eine Meuterei ausgebrochen sei und stellt fest, daß in Trier keine französischen Jäger mehr seien. (Der Grund des Abtransports wird von Havas jedoch wohlweislich verschwiegen.)

### Die Lebensmittelversorgung des Ruhrgebietes.

Berlin, 23. Juni. Die Reichsbahnverwaltung hat, um französischen Versuchen von Lebensmittelabsperrung im Ruhrgebiet zu begegnen, die Zufuhr von Lebensmitteln nach dem Einbruchsgebiet neu organisiert. Ein dichtes System von ringförmig liegenden Zufuhrbahnhöfen im unbesetzten Gebiet an der Grenze des Einfallgebietes verstärkt die Zufuhr von Lebensmitteln wesentlich, welche von diesen Bahnhöfen aus durch Lastautos und andere Beförderungsmittel weitertransportiert werden.

### Deutschland.

#### Attentat auf den Vorsitzenden der Münchener Handelskammer.

Berlin, 23. Juni. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus München ist der Vorsitzende der Münchener Handelskammer, Kommerzienrat Sigmund Frankel, beim Aussteigen aus einem Straßenbahnwagen von Antisemiten überfallen worden, die ihn mit einem Totschläger auf den Kopf schlugen, bis er blutüberströmt und bewußtlos zusammenbrach. Einige Teilnehmer an dem Anschlag wurden von der Polizei bereits festgenommen.

#### Die Frage der Sperrung von Hypotheken.

Berlin, 21. Juni. Aus parlamentarischen Kreisen wird uns mitgeteilt: Durch süddeutsche Blätter geht die Nachricht, daß der Antrag Düringer und Genossen betreffend die Sperrung von Hypotheken im Reichstag seine Erledigung gefunden hat. Diese Mitteilung beruht auf einem Irrtum. Das Plenum hat noch keine Stellung zu der Sache genommen. Einflußreiche Reichstagsmitglieder beabsichtigen, die Zurückverweisung des Antrags an den Rechtsausschuß vor dem Auseinandergehen des Reichstags zu beantragen.

#### Die Gefahr der Ueberfremdung der deutschen Industrie.

Berlin, 22. Juni. Der vom Reichstag eingeleitete Ausschuß zur Prüfung der Ruhrkredite verhandelte heute über die Gewährung von Krediten an die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebietes. Hierbei kam auch die der Phönix-W.G. als Folge des beabsichtigten Abschlusses eines Darlehensvertrags mit einem holländischen Finanzkonglomerat drohende Ueberfremdung zur Sprache.

Die Europa aus  
Großes steht an  
Mittels. Mög  
Möge Deutschlan  
ie stehen.

## Politik. Soldaten

er schwere Ueber  
biet von Mann  
geteilt: Am 21  
französische Sol  
unbesetzten Ge  
sofern unter den  
durchsuchten sie  
erde hierbei ein  
nn das Geld ab  
er Krügen und  
erenden Polizei  
erson Anzeige er  
nach dem Lufsen  
unbesetzten Ge  
französischen ins  
und bedrohte den  
Franzose gab auf  
ab. Darauf schloß  
s die Polizeibe  
Gebiet zurückge  
ollten, eröffneten  
die deutschen Be  
kt. Ein Polizeibe  
ndet. Nach dem  
die Quadrante D.  
örende Verhalten  
te auf dem Plat  
er Fall gewesen  
h die Franzosen  
stend, als ob die  
verlassen sind und  
Disziplin scheint

## Zuckerzraubs

oblenz, da die  
Kommission ihr  
Regierung auf  
Folge gegeben  
Sperrung der in  
andenen Zucker  
liegenden und  
te notwendigen  
cht.

## Brennjäger

einer Meldung  
gebrachte Nach  
rier stehenden  
ausgebrochen sei  
en Jäger mehr  
rd von Havas

## Luhrgeliebte

g hat, um fran  
im Ruhrgebiet  
dem Einbruch  
ringförmig lie  
an der Grenze  
bensmitteln we  
h Lastautos und  
werden.

## Reichskammer.

des „Berliner  
de der Münche  
nd Fränkel,  
ngen von Anti  
em Totschläger  
nt und bewußt  
dem Anschlag  
en.

## Apotheken.

reisen wird uns  
achricht, daß der  
perre von Hypo  
hat. Diese Mit  
hat noch keine  
Reichstagsmit  
Antrags an den  
Reichstags zu

## ung

hte Ausschuß zur  
die Gewährung  
des Ruhrgebiets.  
e des beabsich  
einem holländi  
g zur Sprache

Der Ausschuß stimmte der beantragten Erhöhung des Stahlkreditbetrags unter der Voraussetzung zu, daß die Phoenix-L.G. vor Inanspruchnahme des Kredits dem Reichsfinanzminister und dem Reichswirtschaftsminister gewisse Sicherheiten gegen die Ueberfremdung und für die Wahrung der Rechte der deutschen Aktionäre gibt.

## Die Geldbewertung und die G. m. b. H.

Berlin, 22. Juni. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Mit Rücksicht auf die fortschreitende Geldbewertung ist die Heraushebung des Mindestkapitals von Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien erforderlich geworden. Durch Gesetz vom 24. Dezember 1922 ist das Mindeststammkapital einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, das früher 20 000 Mark betrug, auf 500 000 Mark heraufgesetzt worden; gleichzeitig ist für die Stammeinlage jedes Gesellschafters ein Mindestbetrag von 10 000 Mark und für die Einzahlung auf die Stammeinlage ein solcher von 5000 Mark bestimmt worden. Durch Gesetz vom 12. Mai 1923 ist für das Grundkapital von Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien ein Mindestbetrag von 5 Millionen Mark vorgeschrieben worden. Jedes der beiden Gesetze enthält eine Uebergangsvorschrift, wonach auf die Errichtung der vor dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Eintragung in das Handelsregister angemeldeten Gesellschaft die bisherigen Vorschriften Anwendung finden, sofern vor diesem Zeitpunkt die Voraussetzungen erfüllt sind. In der Praxis sind Zweifel darüber entstanden, ob diesen Gesetzen rückwirkende Kraft in dem Sinne beizulegen ist, daß die neuen Vorschriften auch auf die schon bestehenden Gesellschaften Anwendung finden; insbesondere ist streitig geworden, ob eine vor dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 24. Dezember 1922 errichtete Gesellschaft mit beschränkter Haftung bei der Erhöhung ihres Stammkapitals die neuen Grenzen einhalten muß. Die Frage ist zu verneinen. Die Gesellschaft ist weder genötigt zur Kapitalerhöhung zu schreiben, um den neuen Vorschriften genüge zu tun, noch braucht sie, falls sie eine Kapitalerhöhung freiwillig vornimmt, dabei die neuen Grenzen zu erreichen. Daß das Gesetz in diesem Sinne auszulegen ist, ergibt sich unzweifelhaft aus dem Fehlen einer Vorschrift, die eine solche Rückwirkung vorsieht. Es kommt hinzu, daß die neuen Vorschriften, wie erwähnt, gegebenenfalls sogar für solche Gesellschaften außer Anwendung zu bleiben haben, die bei dem Inkrafttreten des Gesetzes noch nicht errichtet waren und hiermit würde es nicht übereinstimmen, wollte man bereits errichtete Gesellschaften in vollem Umfange dem neuen Gesetz unterstellen. In der Begründung zu dem Gesetz vom 12. Mai 1923 ist überdies ausdrücklich hervorgehoben, daß die neuen Vorschriften auf Kapitalerhöhung auf bereits bestehende Aktiengesellschaften nicht anzuwenden sind; für den gleichgearteten Fall der Kapitalerhöhung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung gilt dasselbe.

## Bermischtes.

### Russischer Handelsboykott über die Schweiz.

Moskau, 22. Juni. (Russ. Tel.-Ag.) Der Rat der Volkskommission hat im Zusammenhang mit dem nach der Ermordung Worowskis entstandenen Gegensatz mit der Schweiz beschlossen, über diese den wirtschaftlichen Boykott zu verhängen. Schweizer Bürgern, die nicht den wertvollen Klassen angehören, soll die Einreise in die Sowjetrepublik verweigert werden. Das Volkskommissariat für den Außenhandel wurde angewiesen, Handelsbeziehungen mit Schweizer Bürgern nicht anzuknüpfen und die mit Schweizer Firmen getroffenen Abmachungen nicht zu bestätigen. Die in der Schweiz befindlichen Vertreter russischer Handelsfirmen sollen abberufen und alle geschäftlichen Verhandlungen russischer Firmen mit schweizerischen Firmen abgebrochen werden. Schließlich sollen keine Verhandlungen über Konzessionen mit Schweizer Firmen oder Personen schweizerischer Staatsangehörigkeit stattfinden. — Die ukrainische und georgische Regierung werden sich vermutlich diesem Wirtschaftsboykott anschließen.

### Ein wirksames Mittel gegen Valutaspekulationen — in Polen.

Danzig, 21. Juni. Nach den „Danziger Neuesten Nachrichten“ hat der Warschauer Börsenrat beschlossen, vorläufig keine Notierungen mehr für Valuten und Devisen vorzunehmen. Sämtlichen Banken wurde das Recht des Devisenhandels entzogen.

### Neue syndikalistische Attentate in Barcelona.

Madrid, 21. Juni. Der Minister des Innern hat auf eine Anfrage in der Kammer die gefährliche Lage in Barcelona betont, wo sich neue Attentate ereignen könnten.

### Das größte Sägewerk der Welt vernichtet.

Stockholm, 22. Juni. Das größte Sägewerk der Welt, Kastei, in der Nähe von Gefle ist heute nacht durch Großfeuer vernichtet worden. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Kronen geschätzt. Kastei gehört der Corsons-L.G. an.

### Schieber und Progen im Altertum.

Dr. Ernst Meyer erinnert in „Westermanns Monatsheften“ daran, daß bereits der römische Satiriker Petronius in seinem „Gastmahl des Trimalchio“ den Typus Raffle glänzend geschildert hat. Trimalchio ist ein freigelassener Sklave, der zu ungeheuerem Reichtum gelangt ist und damit großtut. So bedient er sich einer silbernen Feder als Zahnschaber und spielt statt mit weißen und schwarzen Würfeln mit silbernen und goldenen. Zum Waschen der Hände wird den Gästen Wein serviert; eine Silberplatte, die einem ausgleitenden Sklaven aus der Hand fällt, läßt der Hausherr gleich „mit dem andern Dreck“ hinausstreuen.

Trimalchio besitzt, weil die gute Sille es verlangt, auch eine große Bibliothek, nichtsdestoweniger aber meint er, Hamibal habe Troja erobert und spricht von Kassandra, die ihre Söhne ermordet hat.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 23. Juni 1923.

### Gymnastische Vorführungen.

\* Wir möchten nochmals auf den heute nachmittag und abend stattfindenden Vortrag von Reallehrer Glucker über Gymnastik und Atemschulung hinweisen. Mit dem Vortrag sind lehrreiche praktische Vorführungen mit Schülern der Volkshochschule Stuttgart verbunden.

### Milchpreis.

Auf Grund einer Besprechung zwischen dem Verband württ. Milchbedarfsvereine und den Spitzenorganisationen der Landwirtschaft ist der Erzeugerpreis frei Sammelstelle für 1 Liter Milch vom 26. Juni ab auf 1000 M erhöht worden. Am 1. Juli tritt aber bereits ein weiterer Aufschlag ein, der am Samstag festgesetzt wird.

### Die Spenden der Landwirtschaft.

Die Naturalleistungen der Landwirtschaft für die Ruhepension, die der Reichskanzler in seiner letzten Rede lobend erwähnte, belaufen sich bis zum 9. Juni auf 611 526 Ztr. Kartoffeln, 200 157 Zentner Getreide, 49 983 Ztr. Mehl, 5226 Ztr. Hülsenfrüchte, 1847 Ztr. Zucker, 6730 Ztr. Fleisch und Fettwaren, 1491 Zentner Butter, 23 899 Ztr. verschiedene Lebensmittel, 1637 Stück Vieh, 96 486 Eier. Diese Lebensmittel füllten 3541 Wagen. Davon sind bereits 2716 Wagen und 287 Stückgutsendungen als angekommen bestätigt. Hierzu kommen natürlich noch die umfangreichen Geldspenden und die Unterbringung von über 200 000 Ruhepensionären in der Landwirtschaft. Um eine gleichmäßige Verteilung der Spenden auf alle notleidenden Gebiete zu gewährleisten, werden neben der Verteilungsstelle in Essen noch zwei weitere Verteilungsstellen in Köln und Frankfurt eingerichtet.

### Wärmewirtschaftliche Lehrtage.

Um angesichts der heutigen Brennstoffnot und Brennstoffteuerung neben der Industrie, die hierzu gerade in Württemberg schon längst übergegangen ist, auch der Masse der Hausbrandverbraucher das rechte Verständnis für unerläßliche sparsamste Verwertung näher zu bringen, erscheint es geboten, in den bisherigen Unterrichtsgebieten aller Schularten die Wärmewirtschaft mehr als bisher zu betonen. Um hierzu den Lehrenden die nötige Anleitung zu geben, werden dieses Jahr von der Schulverwaltung in der Zeit vom 9.—18. Juli an einer Reihe von Orten besondere wärmewirtschaftliche Lehrtage für die Lehrer aller Schulgattungen am Tagungsort und dessen Umgebung abgehalten, nämlich in Stuttgart, Reutlingen, Rottweil, Heilbronn, Heil, Alalen, Ravensburg, Ulm und Göppingen. Aus den Schulbezirken, in denen selbst eine Tagung nicht stattfinden kann, werden die Oberlehrerhöfden je eine geeignete Lehrkraft zur Teilnahme an diesen Tagungen berufen und sie mit der Bewertung des Gelernten in ihrem Heimatbezirk beauftragen.

### Tagung der Preisprüfungsstellen.

(S.C.B.) Stuttgart, 21. Juni. Auf der vom 19. bis 21. Juni hier abgehaltenen 15. Tagung der Landespreisstellen, Provinzial- und Bezirksprüfungsstellen des Reichsgebietes wurden u. a. folgende Entschlüsse gefaßt: Die Verabschiedung, Veröffentlichung und Inkraftsetzung der geplanten Neuordnung des Preistreiberechts soll möglichst beschleunigt werden. Die erforderlichen Ausführungsbestimmungen der Reichsregierung sollen tunlichst gleichzeitig mit den neuen Verordnungen erlassen werden. Die Ausführungsbestimmungen der Länder sollen der Veröffentlichung der reichsrechtlichen Vorschriften unmittelbar folgen. Angesichts der raschen Veränderung des Geldwerts ist aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen für die Zwecke der Preisprüfung eine kurzfristige, möglichst wöchentliche Bekanntgabe der Reichsindexziffern, sowie ein gesetzlicher Schutz dieser Reichsindexziffern gegenüber nichtamtlichen Indexziffern erforderlich. Außerdem sind die Ernährungsschwierigkeiten und die Frage der staatlichen Auktionsaufsicht eingehend erörtert und eine Reihe von Anregungen für Beseitigung der Mißstände, insbesondere auch durch die Ausgestaltung des neuen Preistreiberechts, gegeben worden.

### Finanzausschuß.

Ueber ein Gesetz des Verbandes der württ. Konsumvereine wegen einer Hilfeleistung des Staates zur Verstärkung der Betriebsmittel führte nach Empfehlungen des Berichterstatters Pflüger (Soz.), der Ueberweisung zur Berücksichtigung durch die Regierung verlangte, Staatsrat Rau vom Ernährungsministerium aus, daß nur die Gemeinden und Amtskörperschaften die Kreditwürdigkeit der Konsumvereine zu prüfen vermögen. Es werde nichts entgegenstehen, die vom Staat für die Gemeinden geleisteten Bürgschaften zur Sicherung der Lebensmittelversorgung zu erhöhen. Ein Redner der Bürgerpartei nahm einen ablehnenden, die Re-

## Bezugspreis-Erhöhung.

Infolge weiterer Preissteigerungen, die in ihrer nunmehr eingetretenen Höhe nicht vorhergesehen werden konnten, müssen wir den bereits festgesetzten Bezugspreis unseres Blattes für den Monat Juli auf Mark 6800.— erhöhen.

Verlag des „Calwer Tagblatt“.

ner anderer Parteien einen ähnlichen Standpunkt an wie Staatsrat Rau. Der Antrag Pflüger wurde abgelehnt und ein Antrag Stad. (Dem.) angenommen, die für die Amtskörperschaften und Gemeinden für die Brotversorgung übernommene Bürgschaft zu erhöhen und jene zu ermächtigen, auch an Bäcker und Kleinmehlhändler, sowie an Konsumvereine Kredite zur Mehlbeschaffung zu gewähren. Bezüglich der Gehaltsbezüge der Beamten wurde auf Antrag Scheef einstimmig beschlossen, die reichsgesetzlich verabschiedeten neuen Bezüge samt Teuerungszulagen anzuweisen und die Auszahlung möglichst zu beschleunigen. Nach einer Mitteilung des Finanzministeriums kommen anfangs nächster Woche die auf 1. Juli fälligen Besoldungszahlungen nach Maßgabe der alten Sätze mit der Teuerungszulage von 2900 Prozent und Ende nächster Woche die durch Erhöhung der Teuerungszulagen auf 6000 Prozent erforderliche Nachzahlung zur Auszahlung. Anfangs Juli werde es möglich sein, die auf Grund der Besoldungserhöhung unter Zugrundelegung der neuen Teuerungszulagen sich ergebenden Nachzahlungen zu leisten. Die Beamtenchaft wird also demnächst drei verschiedene Zahlungen erhalten. Von deutsch-demokratischer Seite wurde angeregt, auch den in dauernder Verwendung stehenden, nichtplanmäßigen Beamten die Vorauszahlungen zu leisten. Die Regierung wird diese Anregung prüfen. Nach Mitteilungen des Ministers des Innern Bolz ist an eine Verzwanzigfachung der bisherigen Sätze der Wohnungsabgabe mit Wirkung ab 1. April 1923 zwecks Förderung des Wohnungsbaus gedacht. Die vom Minister vorgeschlagene Notverordnung in diesem Sinne wurde von den Parteien nicht gewünscht, sondern eine gesetzliche Regelung beim nächsten Zusammentritt des Landtags bestimmt.

### Wetter für Sonntag und Montag.

Die Zufuhr kühler Luft aus Nordwest hat wieder eingesezt, die Luftdruckverteilung ist aber fast unverändert. Am Sonntag und Montag ist weiterhin vielfach bedecktes, in der Hauptsache trockenes, aber immer noch kühles Wetter zu erwarten.

### Die Wetterlage.

Im Frühjahr pflegen zwei Kälterrückfälle einzutreten: Mitte Mai und Mitte Juni. Charakteristisch ist ihre Plöcklichkeit und daß nur wenig entfernte Gebiete sich der schönsten Sommertemperatur erfreuen. Auch in diesem Jahre brachte das zweite Junidrittel den Temperaturrückgang. Anfangs herrschte noch meist angenehm warmes Sommerwetter. Vom 13. ab drängte ein kräftiges Tiefdruckgebiet die westliche Antizyklone zurück und verlagerte sich über Norddeutschland. Am 18. beherrschte sie sogar ganz Mitteleuropa. Kalte Nordwinde folgten ihr mit reichlichen Niederschlägen, auf dem Gebiete Schnee. Dagegen herrschte in Südeuropa, auf dem Balkan und in Polen warmes Sommerwetter. Frost kam bei uns nur in hohen Lagen vor. Mit dem Vordringen hohen Drucks von Westen besetzte sich am 19. das Wetter wieder allmählich. Da keine weitere Depression von Norden zu nahen scheint, dürfen wir für die nächste Zeit allmählich doch mit einer Besserung des Wetters und zunehmender Erwärmung rechnen.

(S.C.B.) Pforzheim, 22. Juni. Ein Schiedspruch des Schlichtungsausschusses hatte erkannt, daß die Löhne im Schmiedgewerbe am 8. Juni um 50 Prozent erhöht werden sollten und vom 15. bis 21. Juni abermals um 50 Prozent. Noch war über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs durch die Vertreter der beiderseitigen Organisationen nichts bekannt gegeben worden, als eine Nachricht sich verbreitete, die Arbeitgeber hätten den Schiedspruch abgelehnt. Dies sprach sich rasch herum und die Folge war, daß, während im Merkurhaus noch Verhandlungen der beiderseitigen Organisationsvertreter stattfanden, aus einzelnen Fabriken Arbeiterinnen und Arbeiter zum Teil in ihrer Arbeitskleidung herausströmten und trotz der Lösung der Gewerkschaften: „Es wird weitergearbeitet, solange die Verhandlungen dauern“, von der Arbeit weg nach der Salierstraße zogen. Dort demonstrierten etwa 6—7000 Personen, die fortgesetzt durch weitere von Radfahrern herbeigeholte Gruppen verstärkt wurden. Die Arbeiterchaft war durch die verstrühten Mitteilungen über Ablehnung ihrer Forderungen in Erregung geraten, was sich während der Verhandlungen in drastischer Weise bemerkbar machte. Dann wurde zur Bildung eines Demonstrationzuges aufgefordert, der durch die Straßen zog und die Arbeiter, die noch in den Betrieben waren, heraustrieb. Inzwischen war oben im Merkurhaus über die Lohnerhöhung für die letzte Juniwoche weiterverhandelt worden. Die Verhandlungen, die um halb 3 Uhr zu Ende gingen, hatten folgendes Ergebnis: „Der Schiedspruch, der für den 8. bis 15. Juni 50 Prozent vorsieht und für 15. bis 21. Juni nochmals 50 Prz., wurde in der Form anerkannt, daß für die Woche vom 15. bis 21. Juni 100 Prz. gewährt werden. Für die Zeit vom 22. Juni einschließend bis 30. Juni wurde eine Lohnerhöhung von weiteren 10 Prozent vereinbart. Damit wäre ein Mindestlohn für gelernte Arbeiter über 25 Jahre von 6514 M erreicht, und zwar für die Woche vom 22. bis 30. Juni.“ — Am Nachmittag wurde in vielen Fabriken gearbeitet.

(S.C.B.) Leonberg, 22. Juni. In der Amtsversammlung wurde die Errichtung eines neuen Oberamtsparlamentsgebäudes mit Wohnungen für die Beamten beschlossen. Das Wandertarbeitsstättegebäude soll zur Schaffung von Räumen für den Gewerkschaftsverband Leonberg entsprechend vergrößert werden. Endlich wurde die Errichtung eines Bezirkswohlfahrtsamts beschlossen. Der Voranschlag der Amtskörperschaft für 1922 wurde nachträglich auf 45 Mill.

Markt erhöht; für 1923 sollen zunächst 300 Mill. M. als Amtskörperschaftsumlage erhoben werden.

(SCB) Stuttgart, 22. Juni. Der Gemeinderat hat die Erhöhung des Gaspreises auf 2000 M. für elektrischen Strom, Licht nach Tarif 1 auf 3350 und Kraft Tarif 1 auf 2200 M. beschlossen. Der Wasserzins wird vom 1. Juni 1923 ab, ebenso die sonstigen aus dem Wasserabgabevertrag sich ergebenden Forderungen auf das fünffache der Grundbeträge, für den Kubikmeter also auf 1000 M., für das Zimmer ebenfalls auf 1000 M. monatlich festgesetzt.

(SCB) Stuttgart, 22. Juni. Nicht weniger als 700 000 Mark werden in der Württemberger Zeitung als Belohnung dem versprochen, der eine Brieftasche gefunden hat, enthaltend u. a. Ausweispapiere, Briefe, 1,5 Mill. bar und Devisen. Falls kein Geld mehr vorhanden, wird auch eine hohe Belohnung dem versprochen, der wenigstens die Ausweispapiere und Briefe an der bezeichneten Adresse abgibt.

(SCB) Stuttgart, 22. Juni. Zu der neuen Fleischpreiserhöhung bemerkt die „Schwäb. Tagwacht“: Die Preistreiber gehen weiter, obgleich immer größere Kreise auf den Fleischgenuss verzichten müssen und der Umsatz stark zurückgeht. Bei den Metzger herrscht eine besonders erbitterte Stimmung gegen die auswärtigen Aufkäufer. Auf dem gestrigen Viehmarkt kam es zu heftigen Auseinandersetzungen und dann zu einer großen Schlägerei zwischen hiesigen und auswärtigen Metzger und Händlern. Vielleicht sieht auch die Regierung nun endlich ein, daß es so nicht mehr fortgehen kann.

(SCB) Stuttgart, 22. Juni. In der Stuttgarter Markthalle sind in letzter Zeit viele Taschendiebstähle verübt worden. Die Kriminalpolizei hat nun zwei Ehepaare von Stuttgart und Feuerbach festgenommen, die zum Teil auf freier Tat ertappt wurden. Das Gebränge, namentlich im ersten Stock der Markthalle, nützen sie für ihr unsauberes Handwerk aus. Die erbeuteten Gelder haben sie restlos verbraucht. Ihre Tätigkeit wurde erleichtert dadurch, daß Frauen ihren Barbesitz teils offen, teils in Geldtaschen völlig unverwahrt in die zum Einkauf mitgeführten Körbe legten.

(SCB) Stuttgart, 22. Juni. Die für das Amtsoberamt bestimmten Ruhrkinder sollten mit Zug 10.46 Uhr in Stuttgart ankommen. Durch Schikanen aller Art von Sel-

ten der Franzosen kamen sie erst um 2 Uhr nachmittags an. Auf dem Bahnhof vom Oberamt, dem Amtsdirektor und den Vertretern der Gemeinden in Empfang genommen, wurden sie zum Binzenzhaus verbracht und nach Verabreichung von Kaffee und Brötchen von den einzelnen Vertretern ihrer Pflegebefohlenen durch die Bezirks-schwester und die örtlichen Vertreter des Jugendamts übergeben. Daß die Kinder matt und abgepresst hier ankamen, dürfte nicht wundern, da sie eineinhalb Tage auf der Herfahrt waren, ohne irgendwelche Nachtruhe gehabt zu haben.

(SCB) Ehlingen, 22. Juni. Auf Grund zahlreicher Klagen wegen schlechter Beschaffenheit des vor einigen Bäckern verkauften Martenbrot hat die Polizeidirektion gestern bei einem hiesigen Bäcker den gesamten Vorrat an 76 Laiben Brot als für den menschlichen Genuß untauglich beschlagnahmten lassen. Weitere Maßnahmen sind eingeleitet. Gegen die betreffenden Bäckermeister ist ein Strafverfahren gegen das Nahrungsmittelgesetz in Aussicht gestellt.

(SCB) Batersbrunn, 22. Juni. Frau Marie Zülke zum „Anker“ wollte, nachdem ihr Sohn sich zuvor mit dem Leeren der Güllegrube beschäftigt hatte, nach dem Fortschreiten der Arbeit schauen. Dabei stürzte sie in die Grube. Leider hat den Vorgang niemand bemerkt, so daß ihr keine Hilfe geleistet werden und sie nur noch als Leiche aus der Grube gezogen werden konnte.

(SCB) Ravensburg, 22. Juni. Auf dem Güterbahnhof wurden nachts vier Güterwagen aufgebrochen und daraus u. a. eine Kuhhaut, eine Kiste Eier und noch anderes entwendet. Wer die frechen Diebe sind, konnte noch nicht ermittelt werden. Sicher scheint aber, daß es eine ganze Diebesbande ist, die hier ihr unsauberes Handwerk treibt. In letzter Zeit sollen auf dem Güterbahnhof mehrmals solche Diebstähle vorgekommen sein.

(SCB) Edelfingen O. Mergentheim, 22. Juni. In der Gastwirtschaft Hertlein übernachtete ein 25- bis 27-jähriger Fremder, der sich als Schüler der Forstfachschule in Würzburg ausgab. Er stahl aus dem Zimmer der Tochter des Gastwirts verschiedene goldene und silberne Schmuckgegenstände und anderes im Gesamtwerte von etwa 1 Mill. M. Der Diebstahl wurde erst bemerkt, als der Dieb längst das Weite gesucht hatte.

## Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

### Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern auf 138 964 M., der Schweizer Franken auf 24 761 M.

### Bericht der Stuttgarter Börse.

(SCB) Stuttgart, 22. Juni. Der Dollar hat sich bereits wieder auf 135 660 M. „erholt“. Das heißt die Spekulation an der Börse konnte sich heute wieder auf Grund der ungeliebten Geldentwertung von dem Schrecken des letzten Börsentages erholen, denn die Kurse sind zum Teil weit über den Stand vom Montag hinaufgeklüffert. Es gab ganz ungläubliche Sprünge, so den der Jungheims-Aktien von 89 000 auf 180 000, ferner von Salzwirk Heilbronn um 300 000 von 1,2 auf 1,5 Millionen Prozent! Die Aktie ist demnach das 10fache an Mark wert. Auf dem Bankenmarkt profitierten Vereinsbank 5100, Notenb. 15 000 Punkte. Unter den Brauereien sind zu erwähnen: Württ. Hohenz. + 8000, Wulle + 6000, Ravensburg + 4000. An Textilwerten war gleichfalls eine Unmasse Geld zu verdienen. So zogen an Ehlingen 90 000, Pforzheim 60 000, Erlangen 30 000, Kofb u. Schüle 26 000, Rottens 15 000 usw. Unter den Metall- und Maschinenaktien machten die Führung Feinmechanik mit einem Sprung um 60 000, Redarsumm profitierten 12 000, Magirus und Ehlingen 5000, Daimler 3000, Sesser 12 000, Württ. Metallw. 30 000, Hohner 35 000. Sonst sind zu erwähnen: Deutsche Verlag - 40 000, Köln-Rottweil + 20 000. Auch der Freiverkehr war sehr fest.

### Erhöhung der Bücherpreise.

Die Schlüsselzahl des Buchhändler-Börsen-Vereins ist mit Wirkung ab Donnerstag, 21. Juni, neuerdings um 26 Prozent auf 6300 erhöht worden.

### Märkte.

(SCB) Weilderstadt, 22. Juni. Auf dem Viehmarkt kosteten Schaffstiere 9-10 Mill., Jungstiere 4-6 Mill., Kälberkühe 9-11 Mill., Kalbinnen 8-11 Mill., Kühe in Milch 6-9 Mill., Einstellvieh 2-3 Mill., 1 Käuferdewein 1,3-1,8 Mill., ein Paar Milchschweine 500-900 000 M. Die Preise haben wieder stark angezogen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seimann, Calw. Druck und Verlag der A. Döschner'schen Buchdruckerei, Calw.

Stadtgemeinde Calw.  
Mit Wirkung vom 1. Juli 1923 an wurde Frau Elise Wacker, Tagelöhners Ehefrau, wohnhaft in der Altbürgerstraße Nr. 243, bei Hrn. Gall,  
**als Leichenbeforderin**  
bestellt, was hiermit öffentlich bekannt gegeben wird.  
Calw, den 22. Juni 1923.  
Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

**Gesundheit und Kraft**  
durch Gymnastik und Atemschulung.  
Vortrag und praktische Vorführung  
mit Schülern der Volkshochschule Stutt-  
gart durch Reallehrer Glucker am  
**Samstag, den 23. Juni**  
im Saale des Badischen Hofes  
nachmittags 3 Uhr für Schüler und Auswärtige,  
Beitrag zur Kostendeckung 200 Mk.,  
abends 8 Uhr für jedermann,  
Beitrag zur Kostendeckung 500 Mk.  
— Keine Restauration; Zwischenpausenmusik! —

Lichtspieltheater Badischer Hof.  
Morgen Sonntag mittags 3 Uhr und abends 8 Uhr  
**Frauenbeichte**  
4 Teile. 1. Teil:  
**Beichte einer Ausgestossenen**  
5 Akte, mit Beiprogramm Eddi Polo  
**Kampf gegen Uebermacht.**

**Achtung! — Tauschobjekt.**  
Ich habe in Pforzheim ein sehr schönes  
2 1/2 stockiges  
**Wohnhaus**  
mit kleinem Garten in schöner Lage gegen ein  
**kleines Wohnhaus**  
für 2 Personen an der Bahnlinie Pforzheim-  
Nagold oder Calw-Stuttgart  
zu vertauschen.  
Angebote erbeten an  
**J. Proß, Immobilien, Bad Teinach**  
Fernsprecher 18.

Stammheim, den 22. Juni 1923.  
**Todes-Anzeige.**  
Verwandten, Freunden und Bekannten  
die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Mann,  
unser guter Vater, Bruder Schwager u. Onkel  
**Gottlob Kirchherr**  
untere Mühle,  
heute vormittag 8 Uhr nach langem Leiden  
sanft entschlafen ist.  
Um stille Teilnahme bitten  
**die trauernden Hinterbliebenen.**  
Beerdigung Sonntag nachmittag 1/2 2 Uhr.

Dienstag, den 26. ds. Mts. von vor-  
mittags 7 Uhr ab steht  
in Calw im Löwen  
ein sehr großer Transport erstklassiger  
starker junger  
Milchkühe,  
Kälberkühe,  
trächtiger Kühe,  
hochträchtiger Kalbinnen, starker  
Zug- u. Lernstiere (auch paarweise),  
schönes Jungvieh  
sowie  
zwei erstklassige Zuchtfarren  
zum Verkauf, wozu Liebhaber zu Kauf  
und Tausch einladen  
Rubin und Max Löwengart.  
Liebenzell.

**Sahnisversteigerung**  
Am Montag, den 25. Juni 1923, vormittags von  
8 Uhr an, versteigere ich freiwillig folgende Gegenstände:  
Einige vollständige Betten, 2 Kleider-  
schränke, Tische, Stühle und sonstigen  
Hausrat.  
**Richard Weik, Wilhelmstraße.**

**Gerstemehl,**  
**Futtermehl**  
in verschiedenen Sorten,  
**Kleie,**  
**Melasse-**  
**futter**  
empfiehlt  
**Otto Jung.**

Im Auftrag  
suche ich auf 2 Monate eine  
**Schreibmaschine**  
guten Systems mit sichtbarer  
Schrift zu mieten. Schonende  
Behandlung und gute Ver-  
gütung wird zugesichert.  
Carl Reichert, Agentur-  
geschäft, Mittlere Brücke.

**Streitort**  
(billigst. Stallstreuemittel)  
wieder eingetroffen  
und hat abzugeben  
solange Vorrat  
pro Ztr. zu 10000 Mk.  
W. Guhl, Gärtringen.

== Sie ==  
schädigen sich selbst  
wenn Sie sich eine Zei-  
tung halten, die nicht in  
der Lage ist, Sie mit den  
Wirtschaftsfragen auf dem  
Laufenden zu erhalten, die  
für Sie und Ihre Wirt-  
schaft in Betracht kommen.

**Vor Schaden be-  
wahren Sie sich**  
wenn Sie eine Zeitung lesen,  
die ein genaues Spiegelbild  
des gesamten Wirtschafts-  
lebens des Bezirkes gibt.  
Darum bestellen Sie sofort  
das „Calwer Tagblatt“,  
Sie sind dann über Preis-  
bildungen, Käufe und Ver-  
käufe jegl. Art unterrichtet.

**Avenarius-**  
**Carbolineum**  
empfiehlt  
**Carl Serva**  
Fernspr. 120.

**Britischenwagen**  
(wie neu) sowie  
**Motorrad**  
wegen Platzmangel zu ver-  
kaufen  
Hirsau, Wilhelmstr. 158,  
bei der Brücke.

**Für sofort gesucht:**  
**Eisendreher**  
der an selbständige Arbeit  
gewöhnt, jedoch nicht unter  
25 Jahre alt ist.

**Gustav Rohler,**  
Maschinenfabrik,  
Talmühle D.-A. Calw.

**Anwesen**  
jeder Art, wie Hofgut,  
Fabrik, Mühle, Wohn- oder  
Geschäftshaus, Sägewerk,  
Wirtschaft oder Villa werden  
von zahlungsfähigem Inter-  
essenten sofort zu kaufen oder  
gegen andere Anwesen zu  
tauschen gesucht. Angebote  
unter H. E. 138 an die  
Geschäftsst. d. Bl. erbet.

**Oberreichenbach.**  
Eine ältere, gute  
**Rug- u. Fahr-  
Ruh**  
hat zu verkaufen.  
David Rentschler.

**Schmieh.**  
Am nächsten Dienstag,  
abends 6 Uhr, verkauft  
reine, ans Fressen gewöhnte  
**Milchschweine**  
Ab. Hammann.

Neuenbürg.  
Suche zu baldigem Eintritt  
ehrliches

**Mädchen,**  
daselbe hat Gelegenheit das  
Kochen zu erlernen.  
Frau Apotheker  
Bozenhardt.  
Näheres zu erfragen bei  
Frau Otto Georgi, Calw,  
Bischofstraße.

Suche auf 1. Juli ein  
williges, zuverlässiges  
**Mädchen,**  
das schon gedient hat.  
Frau Marg. Weinhold  
geb. Schütz, Marktpl. 39.

**Mädchen,**  
welches Weisnähen gründlich  
erlernen will, kann eintreten  
bei **Geschw. Stanger,**  
obere Marktstraße 23.

**Jüngeres**  
**Fräulein**  
mit guter Handschrift,  
im Maschinenschreiben und  
den übrigen Kontorarbeiten  
bewandert,  
kann sofort eintreten.  
**Marmorwerk Teinach.**

Jüngeres ehrliches  
**Fräulein**  
von hiesigem Lebensmittelge-  
schäft zur Bedienung per sofort  
oder später gesucht.  
Auf Wunsch Kost im Hause.  
Angebote nebst Gehalts-  
ansprüche unter A. A. 142  
an die Geschäftsstelle ds. Bl.

**Büffelhaut**  
**Schuhcreme**  
aus edelsten Stoffen her-  
gestellt, gibt mit wenig  
Bürstenstrichen  
**hochfeinen Glanz!**  
Überall zu haben.